

Der sef: Beirat im Gespräch mit
Mitgliedern des Sächsischen Landtags

Was Sachsen mit der Welt verbindet – und wie Sachsen die Welt mitgestalten kann

Michèle Roth

„Noch nie wurde uns die enge Verflochtenheit der Welt so radikal vor Augen geführt wie angesichts der weltweit grassierenden Corona-Pandemie“ – mit diesen Worten begrüßte die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) Viola Klein die Gäste anlässlich der Veranstaltung „Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des Sächsischen Landtags“. Und in der Tat, die Ausbreitung des Corona-Virus rund um den Globus innerhalb weniger Wochen hat eindrucksvoll demonstriert, wie eng die Welt nach Jahrzehnten der fortschreitenden Globalisierung vernetzt ist. Ebenso eindrucksvoll zeigte die Pandemie die ausdifferenzierte globale Arbeitsteilung in der

Wirtschaft auf – und die daraus resultierenden gegenseitigen Abhängigkeiten.

Auch der Freistaat Sachsen ist in vielfältigster Weise in überregionale und internationale Strukturen eingebunden, die für wirtschaftlichen Wohlstand und kulturelle Vielfalt unabdingbar sind. Zugleich bedeutet diese Vernetzung, dass sich Krisen in anderen Weltregionen unmittelbar auf Sachsen auswirken, wie in der Vergangenheit u.a. die Flüchtlingsbewegungen gezeigt haben. Noch viel mehr gilt dies für Herausforderungen, die per se keine Grenzen kennen, wie etwa für den Klimawandel, dessen Folgen inzwischen auch hierzulande Sommer für Sommer zu spüren sind. Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, welche Möglichkeit der Freistaat hat, zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung weltweit beizutragen.



Viola Klein



Der sef: Beirat im Gespräch (v.l.n.r.): Professor Dominik Steiger, Jens Martens, Mathias Anderson und Marianne Beisheim (Moderation)

In seinem einführenden Überblick zeigte Prof. Dr. Dominik Steiger von der TU Dresden zunächst anhand eines Bilderreigens auf, wie stark die Wirtschaft, die Politik und die kulturelle Entwicklung Sachsens schon seit Jahrhunderten durch internationalen Austausch und grenzüberschreitende Zusammenarbeit geprägt waren und sind. Mitten im Herzen Europas gelegen habe sich Sachsen zu keiner Zeit eine „splendid isolation“

leisten können, so Steiger. Auch internationale Konflikte wirken sich unmittelbar auf den Freistaat aus. Die Sanktionen, die als Reaktion auf die Annexion der Krim gegen Russland verhängt wurden, haben die sächsische Wirtschaft und vor allem den Maschinenbau hart getroffen. Steiger berichtete, dass das Handelsvolumen Sachsens mit Russland zwischen



Professor Dominik Steiger

2013 und 2018 um 72,5 Prozent zurückging. Abschließend kam auch er auf die COVID-19-Pandemie zu sprechen, die das nationalstaatliche Denken ebenso wie den Wettbewerb zwischen den Großmächten befördere. Es liege an jedem Einzelnen die Verbindungen in die Welt nicht zu kappen, sondern zu stärken und dabei die Menschen, die Verlierer der Globalisierung sind, mitzunehmen und zu beschützen.

Die Agenda 2030 als Handlungsrahmen auch auf Landesebene

Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel (Rede wurde in Abwesenheit verlesen), Präsidentin von Brot für die Welt und wie Prof. Steiger Mitglied im Beirat der sef., schlug den Bogen zur praktischen Politik auf Landesebene. Die in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verankerten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) müssten zum Maßstab jeglichen Handelns auch in der Landespolitik werden, lautete ihre Forderung an die Landtagsabgeordneten. Dazu regte sie eine Weiterentwicklung der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie und eine Vertiefung des Dialogs mit Kommunen, der Zivilgesellschaft einschließlich der Kirchen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und nicht zuletzt mit den internationalen Partnern an. Was im Landtag beschlossen werde, dürfe keine negativen Auswirkungen auf das Leben anderer Menschen haben, auch wenn sie Tausende von Kilometern entfernt lebten.

Als konkretes Beispiel für nachhaltiges Handeln im Sinne der Agenda 2030 verwies Füllkrug-Weitzel auf das Beschaffungswesen und die große Marktmacht der öffentlichen Hand. Steine aus Indien kosteten nur ein Drittel dessen, was für Steine aus europäischen Steinbrüchen ausgegeben werden müsse. Sie seien aber deshalb so billig, weil in den meisten indischen Steinbrüchen Kinder schufteten. Dennoch falle es bei einer solchen Preisdifferenz nicht einfach, „die hehren

Grundsätze nachhaltiger und verantwortungsbewusster Beschaffung zu befolgen“. Füllkrug-Weitzel forderte deshalb ein starkes Lieferkettengesetz auf nationaler Ebene, damit weder private Käufer/innen noch öffentliche Beschaffer künftig solche Abwägungen treffen müssten.

Die COVID-19-Pandemie werfe die Menschheit in ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Armut, Hunger, Umweltschäden und Ungleichheit weit zurück. So steige derzeit die weltweite Armut seit 1998 erstmals wieder an. Umso wichtiger sei es, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Verantwortung wahrzunehmen und die Agenda 2030 als Handlungsrahmen zu stärken.

Kindern Entwicklungschancen eröffnen

Ein praktisches Projekt sind zwei durch die sächsische Landesregierung geförderte Schulen im Libanon, die dazu beitragen, die Bildungschancen von Flüchtlingskindern in der Region zu fördern. Darüber berichtete Mathias Anderson, Geschäftsführer von arche noVa – Initiative für Menschen in Not e.V.. Weniger als 50% der Kinder von Geflüchteten besuchen seit 2011 eine libanesische Schule. Begleitend zum Schulunterricht klärt arche noVa deshalb auch die Eltern über Bildungsangebote auf und organisiert Freizeitaktivitäten für die Kinder. Anderson betonte die Nachhaltigkeit des Projekts, das von einer lokalen Partnerorganisation getragen wird, die selbst 40% der Kosten aufbringt.



Mathias Anderson

In der anschließenden Debatte mit Abgeordneten des Sächsischen Landtags verwies Hanka Kliese



Hanka Kliese MdL

rechtzeitig aufmerksam machen. Sowohl für die großen Fluchtbewegungen 2015 als auch für die Möglichkeit einer globalen Pandemie habe es

MdL auf die Bedeutung von Bildung und auf ungleiche Entwicklungschancen von Kindern als wichtige Herausforderung, die auch in Deutschland noch existiere. Auch warb sie für politische Frühwarnsysteme, die auf sich zuspitzende Situationen wie etwa im Libanon

frühzeitig Anzeichen gegeben, sie seien aber zu spät beachtet worden. Nachhaltige Politik zeichne sich gerade dadurch aus, Krisensituationen durch strukturelle Veränderungen zu vermeiden statt nur darauf zu reagieren.

Nachhaltigkeit muss vor Ort umgesetzt werden

Petra Čagalj Sejdi MdL mahnte einen anderen Umgang mit Migrantinnen und Migranten an.



Petra Čagalj Sejdi MdL

Integration müsse vor Ort gestaltet werden; ein entsprechendes Teilhabe- und Integrationsgesetz für Sachsen sei in Planung. Sie kritisierte zudem die Arbeitsbedingungen im Niedriglohnssektor, beispielsweise in der regionalen Fleischindustrie und Holzverarbeitung. Auch diese

Defizite vor der eigenen Haustür müssten in die Nachhaltigkeitsbewertung Eingang finden. Prof. Steiger ergänzte, dass die Wirtschaft verbindliche gesetzliche Regelungen brauche. Freiwilligkeit könne ein erster Schritt sein, funktioniere aber nur sehr eingeschränkt, weshalb ein starkes Lieferkettengesetz, wie von Prof. Füllkrug-Weitzel gefordert, in der Tat erforderlich sei.

Mit Blick auf die Sächsische Nachhaltigkeitsstrategie kritisierte Antonia Mertsching MdL, dass konkrete Zielvorgaben und entsprechende messbare Indikatoren bislang fehlten.

Am Beispiel der in Kroatien produzierten sächsischen Polizeiuniformen machte sie deutlich, welche Hebel im Beschaffungswesen besser genutzt werden könnten. Konkret schlug sie zudem vor, ausrangierte Hardware der Verwaltung an zivilgesellschaftliche Akteure in Entwicklungsländern zu spenden. Dass ein im bundesweiten Vergleich armes Land wie Sachsen nur begrenzt Mittel für die interregionale und europäische Zusammenarbeit zur Verfügung



Antonia Mertsching MdL

stellen kann, erläuterte Marco Schiemann MdL. Dennoch habe das Land in den 1990er Jahren deutlich mehr Mittel in interregionale Zusammenarbeit und entwicklungspolitische Bildung investiert als heute.



Marco Schiemann MdL

Weltoffenheit als Chance

Jens Martens, Geschäftsführer des Global Policy Forum und Mitglied im Beirat der sef., ermutigte die Abgeordneten, nachhaltige Entwicklung nicht



Roland Ulbrich MdL

als Belastung, sondern als Chance für die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sehen. Auch Weltoffenheit falle positiv auf eine Gesellschaft zurück. Auf den Hinweis von Roland Ulbrich MdL auf die Schlacht von Sedan vor 150 Jahren erwiderte Viola Klein,

dass für die sef: der Beginn des 2. Weltkriegs am 1. September 1939 der entscheidende Jahrestag sei. Er sei eine stete Mahnung, den Frieden zu schützen und die Demokratie zu erhalten. Das müssten auch für Sachsen die wichtigsten Ziele sein.

Erik Kurzweil, Referatsleiter Internationale Beziehungen in der Sächsischen Staatskanzlei, lud abschließend

alle Teilnehmenden seitens der Landesregierung zur Fortsetzung des Austausches bei einem Empfang ein. Zuvor verwies er auf leicht ansteigende Mittel für internationale Zusammenarbeit im Landshaushalt. Das Geld müsse so investiert werden, dass Sachsen auch mit einem geringen Beitrag einen möglichst großen Unterschied bewirken könne.



Erik Kurzweil

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Mischa Hansel

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2020